

SiKo
Der neue Hegemon in Europa rasselt in München mit den Säbeln
➟ Seite 9



Syriza
Wie links ist die neue griechische Regierung unter Alexis Tsipras?
➟ Seite 4-6



Pegida
…und der heuchlerische „Antirassismus" der herrschenden Klasse
➟ Seite 10-11

13
Februar 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der Revolutionären Internationalistischen Organisation | Deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale | Preis: 1 Euro | Solipreis: 2 Euro

Erdbeben in Europa

Eine Polarisierung zwischen links und rechts erschüttert den Kontinent. Doch haben linke Regierungen eine Perspektive?

Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Stefan Schneider. Layout: Wladek Flakin, Max Karlmann. Titelbild: Natalia Rizzo, für *Ideas de Izquierda*.

ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



RIO auf der Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Demo

International: **Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale** www.ft-ci.org

Argentinien: **Partido de los Trabajadores Socialistas** www.pts.org.ar
Mexiko: **Movimiento de los Trabajadores Socialistas** www.mtsmexico.org
Bolivien: **Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional** www.lorci.org
Brasilien: **Liga Estratégia Revolucionaria – Quarta Internacional** www.palavraoperaria.org
Chile: **Partido de Trabajadores Revolucionarios** www.ptr.cl
Venezuela: **Liga de Trabajadores por el Socialismo** www.lts.org.ve
Costa Rica: **Liga de la Revolución Socialista** lrscostarica.blogspot.com
Uruguay: **Juventud Revolucionaria Internacionalista** jrinternacionalista.wordpress.com
Spanischer Staat: **Clase Contra Clase** www.clasecontraclase.org
Frankreich: **Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA** www.ccr4.org
Deutschland: **Revolutionäre Internationalistische Organisation** www.klassegegenklasse.org

NR. 13 FEBRUAR 2015

ONLINE LESEN…



Griechenland vor den Wahlen
Gegen die KapitalistInnen und die Troika! (Erklärung der Trotzkistischen Fraktion)



Repression in Brieselang
Ein Interview mit einem Arbeiter bei Amazon in Brieselang über Befristungen

Danke, GenossInnen!

Folgende GenossInnen haben gespendet, damit **Klasse Gegen Klasse** seit Anfang diesen Jahres als Monatszeitschrift erscheinen kann:

Berlin: B, Deniz, DS, Kathrin, Kippie, Kofi, JR, Leo, Madita, Marsupilami, MARX'BLING, Sophie, T-Bone; *München:* AAF, AD, BG, BT, Faris, MH, NN, TW, YA; *Essen:* FS; *Frankfurt/Main:* FG; *Hamburg:* HG; *Hannover:* SB; *Tübingen:* J, Max; *Barcelona:* NA; und viele weitere ArbeiterInnen und Jugendliche, die insgesamt **2.548 Euro** spendeten!

Wir bedanken uns bei allen SpenderInnen: Ohne euch wären wir nicht in der Lage, **Klasse Gegen Klasse** jeden Monat für nur 1 Euro zu veröffentlichen. Als kleines Dankeschön werden alle SpenderInnen ein exklusives Plakat von Leo Trotzki erhalten.

Genauso wichtig wie finanzielle Hilfe sind deine Kommentare, Kritikpunkte und Vorschläge. Also melde dich bei uns. Bestellungen für Abos und weitere Spenden nehmen wir natürlich auch gerne entgegen. **info@klassegegenklasse.org**

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org



Erdbeben in Europa

Für einen Kampf der Klasse statt einer Regierung der Hoffnung!

VON WLADEK FLAKIN

„Das Undenkbare wird möglich."[1] So beschreibt der private Nachrichtendienst Stratfor das aktuelle politische Panorama in Europa. Parteien, die ihre Länder seit Jahrzehnten beherrschen, liegen in Trümmern. Neue politische Formationen schaffen den Sprung in die Parlamente und manchmal sogar an die Regierung. Teilweise gibt es auch Widerstand auf der Straße.

Wir erleben die größte Polarisierung nach links und rechts seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008. Der bisherige Höhepunkt dieser Entwicklung ist der Wahlsieg von Syriza in Griechenland, mit dem passenden Slogan: *„Die Hoffnung kommt!"*

Dabei handelt es sich nicht um eine Polarisierung wie zu Beginn der 1930er Jahre: Die Wahl in Griechenland war nicht von Mobilisierungen auf der Straße begleitet. Syriza repräsentiert die Hoffnung auf ein besseres Management bürgerlicher Herrschaft und keine Führung für den Kampf der ArbeiterInnen und Unterdrückten.

Trotzdem schrillten die Alarmglocken der herrschenden Klasse und ihrer Schreiberlinge. Von der „ersten linksradikalen Regierung in Europa" war bei manchen KommentatorInnen die Rede. Und das, obwohl Alexis Tsipras, Syriza-Vorsitzender und nun griechischer Ministerpräsident, bei jeder Gelegenheit betont hatte, dass seine Formation alles andere als radikal sei. Ein weiteres deutliches Signal dafür ist die Koalitionsbildung mit den rechten „Unabhängigen Griechen" (ANEL) – damit schockte Tsipras seine internationale Fanszene, noch bevor sie ihren Siegesrausch ausgeschlafen hatte.

Linke Regierungen?

Griechenlands neue Regierung wird zweifelsohne einige Maßnahmen durchführen, um dringende Leiden der griechischen Bevölkerung zu mildern. Doch Tsipras und Co. versprechen zugleich, dass sie „keine einseitigen Maßnahmen" durchführen werden, um die erdrückenden Schulden abzuwerfen. Das bedeutet keinen Bruch mit den Diktaten der internationalen, geschweige denn der griechischen KapitalistInnen.

Figuren wie Tsipras oder Pablo Iglesias von Podemos im Spanischen Staat beschreiben ihr Programm als die „Wiedergewinnung der Demokratie" – als ob die weltweite Diktatur der Banken und Konzerne jemals „demokratisch" war. Sie wollen „kleinere und mittlere Unternehmen stärken", statt die ArbeiterInnenklasse im Kampf gegen das UnternehmerInnentum zu vereinigen. Karl Marx erklärte: *„Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen."*[2] Nach dieser Definition sind diese linksreformistischen Parteien alles andere als radikal, sondern wollen mittels „linker" Regierungen das kapitalistische System mitverwalten.

Ein zentrales Problem ist: Diese Polarisierung in Europa geht nicht einfach nur nach links. Der *Front National* wurde mit 25% der Stimmen größte Kraft bei den Europawahlen in Frankreich. Auch die britische UKIP gewann 26%. Auch in Griechenland konnte nun die Nazipartei *Chrysi Avgi* (Goldene Morgenröte) drittstärkste Kraft werden. Von den Erschütterungen der traditionellen Parteiensysteme profitieren in vielen Ländern auch rechtsextreme Kräfte. Hierzulande mobilisiert Pegida gegen „Fremde" und das linke Establishment – und sah sich einer Front aus Linken und Establishment gegenüber.

Einer der Gründe für den Aufstieg dieser Kräfte ist eben der, dass die rechten Parteien viel oppositioneller auftreten als die linksreformistischen Formationen. So meint Historiker Perry Anderson, dass *„Podemos und Syriza für weniger radikale Positionen als die gegen das System gerichtete Rechte"* stehen[3]. Nicht nur die Linkspartei in Deutschland, die zum ersten Mal einen Ministerpräsidenten stellt, bemüht sich, wie eine zuverlässige Verwalterin des Kapitalismus zu wirken.

Klassenkampf von unten

Viele Linke in Europa argumentieren, dass die Syriza-Regierung eine vorantreibende Rolle im Klassenkampf spielen werde – obwohl Syriza keinerlei Mobilisierungen auf der Straße vorantreibt und die Erwartungen der Massen eher früher als später enttäuschen wird.

Doch die Gefahr ist groß, dass die Enttäuschung durch Syriza von der radikalen Rechten verwertet wird – es sei denn, wir kämpfen schon jetzt für eine Perspektive der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse mit einem wirklich radikalen Programm von Übergangsforderungen. Beispielsweise muss die vorhandene Arbeit verteilt werden. Wohnungen und Infrastruktur müssen unter Kontrolle der Massen vergesellschaftet werden. Alle Schulden müssen gestrichen, alle Banken und Schlüsselindustrien sowie alle Firmen, die schließen oder entlassen, müssen entschädigungslos enteignet werden.

Kämpferische Sektoren müssen Teile eines solchen notwendigen Programms auch direkt umsetzen. Die Regierungspartei Syriza muss gezwungen werden, Stellung zu beziehen.

Revolutionäre Perspektive

Die KapitalistInnen sollen ihre Krise selbst bezahlen. Ein Programm des Bruchs mit dem Kapitalismus ist die einzige realistische Möglichkeit, um die Rechten zu stoppen und die Probleme der Massen zu lösen.

Dafür brauchen wir keine „verantwortungsbewussten" Parteien der sozialen Versöhnung. Wir brauchen eine von den Interessen der Besitzenden unabhängige Kraft der ArbeiterInnen mit einem revolutionären Programm, welche auf die Mobilisierung auf der Straße und vor allem in den Betrieben setzt. Wir brauchen neue revolutionäre Parteien.

---

1. Stratfor: Europe: When the Unthinkable Becomes Possible. http://www.stratfor.com/geopolitical-diary/europe-when-unthinkable-becomes-possible.
2. Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_378.htm.
3. Perry Anderson: „Podemos y Syriza sostienen posiciones mucho menos radicales que la derecha antisistémica". http://www.laizquierdadiario.com/Perry-Anderson-Podemos-y-Syriza-sostienen-posiciones-mucho-menos-radicales-que-la-derecha. (Eigene Übersetzung.)

Die Illusionen des

EUROPA: Reformistische Projekte erklimmen immer neue Höhen. Nachdem Syriza vor Kurzem die Wahlen in Griechenland gewann, will auch Podemos im Spanischen Staat die Regierung übernehmen. Was können die ArbeiterInnen und Massen von solchen Projekten erwarten?

VON ALEXEJ PESCHKOW UND STEFAN SCHNEIDER

Mehr als 100.000 Menschen versammelten sich am 31. Januar auf dem Plaza del Sol in Madrid, wo vor fast vier Jahren die Empörten-Bewegung begann. „Präsident, Präsident", riefen sie Pablo Iglesias, dem Generalsekretär von Podemos, zu. Dieser sagte, dass der Moment der Veränderung jetzt gekommen sei. Am Sonntag zuvor hatte sein griechischer Kollege Alexis Tsipras von Syriza die Wahlen in Griechenland gewonnen und bildet nun die neue Regierung. Manche erkennen einen Linksruck in ganz Europa.

Während in Ländern wie Frankreich oder Großbritannien rechte Parteien aufsteigen, konnte man in Ländern wie Spanien, Griechenland oder Irland im Verlauf der Krise auch ein rapides Wachstum linker Kräfte beobachten. In einer Situation, in der die Massen durch ihre Wut und Ablehnung die bestehenden Regime in eine Krise stürzen, können diese Organisationen mit ihren Verurteilungen der „politischen Kaste" punkten. Gleichzeitig versuchen ältere reformistische Parteien wie „Die Linke" von diesen Triumphen zu profitieren. Millionen von Menschen haben Hoffnungen in diese Parteien – doch was genau steht hinter diesen neoreformistischen Projekten?

Der Fehler in der Konstruktion

Syriza bildet nun eine Regierung gemeinsam mit der rechten, nationalistischen ANEL (Unabhängige Griechen). Nach nur wenigen Tagen zeigt diese Koalition, welche „Veränderungen" von diesen Parteien zu erwarten sind.

Bei den Wahlen 2009 auf weniger als fünf Prozent der Stimmen gekommen, hatte Syriza 2012 plötzlich die Möglichkeit, stärkste Partei zu werden. Dort hatten sie noch die Nichtzahlung der „illegitimen" Schulden sowie die Verstaatlichung der Banken als Teil ihres Programms für eine „linke Regierung" gefordert.

Seit den letzten Wahlen sorgte Syriza vor allem dafür, dass die zahlreichen Kämpfe der griechischen Massen, von denen die 32 Generalstreiks nur eine Hausnummer sind, in parlamentarische Bahnen gelenkt wurden. Die Hoffnung darin, eine Syriza-Regierung würde die soziale Misere beenden, leitete das Abklingen einer Mobilisierungswelle ein.

Zur gleichen Zeit fand eine andere Entwicklung statt: Syriza, erpicht darauf, die Wahlen zu gewinnen, musste sich als eine „ernstzunehmende" und „vertrauenswürdige" Kraft präsentieren. So ist Tsipras' Präsentation in der City of London, seine Artikel in einigen imperialistischen Blättern und seine mantraartige Bestätigung, Griechenland werde nicht aus dem Euro oder der EU austreten und schon gar keine „einseitigen Maßnahmen" durchführen, zu verstehen.

An der Regierung setzt sich dieser Kurs fort und beschleunigt sich sogar: Zuerst wurde die rassistische und christlich-orthodoxe ANEL als Koalitionspartnerin in die Regierung aufgenommen, und ihr Anführer zum Verteidigungsminister ernannt. Im Tausch mit einigen sozialen Zugeständnissen wird versprochen, die Trennung von Kirche und Staat nicht weiter zu verfolgen. Eine kurze Aufregung herrschte, als Finanzminister Varoufakis verkündete, nicht mehr mit der Troika zu verhandeln – diese Drohung wurde jedoch schnell zurückgenommen, und nur Tage später loben bürgerliche KommentatorInnen die griechische Regierung für ihre „versöhnlichen" Signale.

Eine ähnliche Entwicklung hat Podemos durchlaufen, auch wenn diese Formation aus dem Spanischen Staat kaum ein Jahr alt ist. Auch sie stellten sich mit einem radikaleren Programm zu den Europawahlen im Mai, bei denen sie mit mehr als einer Million Stimmen als Stern am Politikhimmel Spaniens aufgingen. Doch dieses Programm weichten sie nach und nach auf. Während Pablo Iglesias schon immer in allen Talkshows zu sehen war, traf er sich jetzt auch heimlich mit der alten Führungsriege der PSOE, die er in seinen öffentlichen Reden als Teil der politischen Kaste beschimpft. Das neue „Programm für die Leute" von Podemos sieht eine Reihe neokeynesianischer Wirtschaftspolitiken vor, die mittels Hilfskrediten für kleine und mittlere Unternehmen eine Verbesserung der Lebenslage erreichen sollen.

Die ewige Leier des Reformismus

Was die Parteien des linken Neoreformismus – trotz aller Unterschiede in ihrer Basis und ihrer Struktur – vereint, ist ihr gemeinsames Interesse an einer Versöhnung der Klassen bzw. die Ignoranz der unversöhnlichen Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie. Um die sozialen Probleme der Massen zu lösen, so ihre Vorstellung, bedürfe es „nur" der Eroberung des Staates auf parlamentarisch-legalistischem Wege – womit zugleich die Klassennatur des bürgerlichen Staats verneint und die Massen auf der Straße demobilisiert werden. Fatal ist das deshalb, weil die Krise nicht durch denselben kapitalistischen Staat gelöst werden kann, welcher die Rettung der Banken und Konzerne auf dem Rücken der lohnabhängigen Bevölkerung erst durchgesetzt hat.

Dabei geht es nicht allein um die vielleicht banale Erkenntnis, dass die Krise grundlegend nur durch die Überwindung des Kapitalismus selbst



Neoreformismus

überwunden werden kann. Denn selbst die moderaten Versprechen, die Syriza nun in Griechenland macht, werden sich nicht durchsetzen lassen, wenn diese Auseinandersetzung nicht als ein Kampf zwischen den Klassen verstanden wird – und damit ein Kampf, der nur durch Mobilisierung auf den Straßen und vor allem in den Betrieben gegen den Widerstand der KapitalistInnen gewonnen werden kann. Dies gilt umso mehr, als dass der Gegner nicht nur das griechische Kapital ist, sondern vor allem das deutsche und europäische Kapital, welches Griechenland seit Beginn der Weltwirtschaftskrise von einer Misere in die nächste getrieben hat.

Gegen Merkel und die Troika helfen aber nicht Diplomatie und Verhandlungen, wie sie Tsipras und Co. vorschlagen. Denn die Logik der „besseren" Verwaltung des kapitalistischen Staates sorgt dafür, dass aus der Ankündigung einer „linken Regierung" schon jetzt immer stärker eine Regierung der „nationalen Einheit" wird, die starke Züge einer Volksfront trägt. Diese Regierung kann keine Mobilisierung der griechischen Massen wollen.

Stattdessen setzt Syriza – und trotz einer etwas anderen Klassenbasis auch Podemos – darauf, inmitten einer enormen Krise des wirtschaftlichen und politischen Regimes mit einer beispiellosen Zerrüttung des politischen Establishments die Rolle der alten Sozialdemokratie einzunehmen. Damit kanalisieren sie die Wut der Massen auf die Auswirkungen der kapitalistischen Krise in für das Kapital vertretbare Bahnen.

Demgegenüber müsste in einer solchen Situation wie in Griechenland oder im Spanischen Staat, die sich durch eine enorme Desillusionierung mit der bürgerlichen Demokratie auszeichnet, erst recht ein Programm der politischen Unabhängigkeit des Proletariats aufgeworfen werden. Was gegen die Misere hilft, ist nicht eine Neuverhandlung der Schulden oder die Milderung der Sparpolitik, sondern die sofortige und entschädigungslose Verstaatlichung der Banken und der Produktionsmittel unter der demokratischen Kontrolle der ArbeiterInnen. Es handelt sich hier nicht um ferne Hirngespinste, sondern um unmittelbare Lebensnotwendigkeiten für breite Schichten der ArbeiterInnenklasse und der Jugend. Syriza hingegen steht für die Wiederherstellung der Legitimation des bürgerlich-kapitalistischen Regimes.

Von der Desillusionierung…

Von daher verwundert es immer wieder, wenn Gruppen mit einem revolutionären Anspruch Projekte wie Syriza unterstützen. Zwar reden sie von einer „kritischen Unterstützung" zur Verbesserung der unmittelbaren Situation der Massen. Was sie aber nicht erklären, ist, wie der Aufbau einer revolutionären Alternative heute vonstatten gehen soll, wenn nicht auf der Basis des Aufbaus einer revolutionären Partei als Alternative zu Syriza und ähnlichen Projekten.

Fehlt aber diese Alternative – und das zeigen alle Beispiele der Geschichte, vor allem die linke Regierung der „Volksfront" unter Salvador Allende von 1970-73 –, wird eine Desillusionierung in Syriza zu einem weiteren Aufschwung rechter Kräfte führen. Denn jene sind in dieser Situation die einzigen, deren Programm „gegen das System" gerichtet scheint. Wenn die radikale Linke sich heute nur darauf beschränkt, auf den reformistischen Druck, der durch den Wahlsieg Syrizas entsteht, mit „kritischer Unterstützung" zu antworten und darauf zu hoffen, dass quasi automatisch aus der Desillusionierung mit Syriza ein Aufstieg des Klassenkampfes in Europa entsteht – dann überlässt sie im schlimmsten Fall der extremen Rechten das Feld.

Podemos am 31. Januar in Madrid

…zu einer revolutionären Perspektive

Alle Hoffnungen in den Reformismus werden notwendigerweise in Enttäuschungen münden. Dem müssen wir schon heute ein revolutionär-marxistisches Programm der Verstaatlichung der Banken, der entschädigungslosen Enteignung der Produktionsmittel sowie und vor allem der Zerschlagung des Staates und der Diktatur des Proletariats entgegensetzen. Unsere Perspektive ist keine „Neuausrichtung der EU", sondern die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

In den letzten zehn Jahren haben sich „linke Regierungen" in Lateinamerika etabliert, zum Beispiel Hugo Chávez und Nicolás Maduro in Venezuela oder Néstor und Cristina Kirchner in Argentinien. Diese Regierungen haben keinerlei Bruch mit dem Kapitalismus gebracht – vielmehr haben sie die kapitalistischen Regime aus ihren Krisen gerettet. Viele linke Gruppen – in Lateinamerika, aber gerade auch in Europa – haben sich an diese Projekte angebiedert. Sie hielten die sozialen Konzessionen, die die Regierungen machen mussten, um die Massen ruhig zu halten, für Schritte zum „Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Doch heute, wo die weltweite Krise auch diese Länder immer stärker trifft, zeigen Chavismus und Kirchnerismus ihr wahres Gesicht und greifen zu Repression und Spardiktaten.

Griechenland hat schon jetzt nicht den wirtschaftlichen und politischen Spielraum, der es den „progressiven" linksbürgerlichen Regierungen Lateinamerikas ermöglichte, jahrelang gewisse Zugeständnisse an die ArbeiterInnenklasse zu machen. Warum sollte die Tsipras-Regierung ein anderes Schicksal erleiden als jene Projekte, wenn sie nicht durch die Mobilisierung der Massen auch und gerade gegen den versöhnlerischen Kurs von Syriza dazu gezwungen wird? Das will und kann die Syriza-euphorische Linke nicht erklären.

Ein europäischer Frühling?

GRIECHENLAND: Der Wahlsieg der linksreformistischen Partei Syriza versetzt das Kapital in Sorge und die Linke in Euphorie.

VON AARON MEINHARD

Es war eine heiße Nacht im Athener Januar: Die reformistische Linke aus ganz Europa war anwesend, als die vorgezogene Parlamentswahl in Griechenland der Linkspartei Syriza fast 37 Prozent der Stimmen bescherte. Freudetaumelnd umarmten sie sich, als klar war, dass Alexis Tsipras nun die stärkste Partei im griechischen Parlament anführt. *„Die Hoffnung ist da"*, war der Slogan der Stunde. Der Wahlparty folgte allerdings ein ernüchternder Morgen: Nur wenige Stunden, nachdem er die absolute Mehrheit knapp verpasst hatte, bildete Tsipras eine Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL. Folgt auf die Feierlaune nun also im Rekordtempo die Katerstimmung?



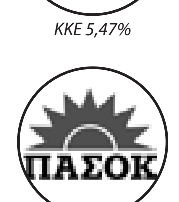
SYRIZA 36,34%

ND 27,81%

CA 6,28%

To Potami 6,05%

KKE 5,47%

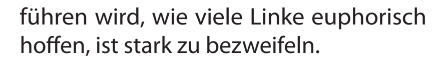


PASOK 4,68%

Niederlage Merkels

Mit der Wahl Syrizas wurde der harte Sparkurs abgelehnt, der in den vergangenen Krisenjahren zum Elend von Millionen ArbeiterInnen und Jugendlichen in Griechenland geführt hatte. Die Austeritätspolitik der Troika – bestehend aus EZB, IWF und der Europäischen Kommission – fuhr eine klare Niederlage ein. Die etablierten Parteien, die konservative *Nea Demokratia* (ND) und die sozialdemokratische PASOK, erhielten gemeinsam nur 32,5% der Stimmen. Ihre Zweiparteienherrschaft ist beendet und die PASOK, jahrzehntelang ein zentraler Pfeiler des griechischen Regimes, ging sogar schwächer als die stalinistische KKE aus den Wahlen hervor. Gleichzeitig wurde die faschistische Chrysi Avgy die drittstärkste Kraft – obwohl ihre Führung im Gefängnis sitzt.

Die bürgerlichen Medien in Deutschland beeilten sich, diesen „Albtraum" *(Der Spiegel)* in kräftigen Farben auszumalen. Gleichzeitig signalisierten die europäischen Regierungen und die EU, dass die Spardiktate der Troika keinesfalls verhandelbar seien. Dabei geht es aber nicht allein um die ökonomischen Auswirkungen eines veränderten Kurses in Griechenland, sondern vor allem um die *politische* „Ansteckungsgefahr", die die herrschenden Klassen in Europa in der griechischen Situation wittern. Doch ob die Wahl Syrizas in Griechenland wirklich zu einem Aufschwung der Klassenkämpfe in Europa



führen wird, wie viele Linke euphorisch hoffen, ist stark zu bezweifeln.

Eine Volksfront

Denn schon wenige Tage nach der Wahl zeichnet sie die tatsächliche Linie der Syriza-ANEL-Regierung ab. Einerseits sind zwar schon jetzt einige Reformen angekündigt worden, so zum Beispiel eine Erhöhung des Mindestlohns auf Vor-Krisen-Niveau, der Stopp einiger Privatisierungen und die Wiedereinstellung Tausender Beschäftigter im öffentlichen Dienst. Diese kleinen aber realen Verbesserungen der Lebensbedingungen der Massen verteidigen wir vor möglichen Angriffen der imperialistischen EU oder der „Märkte".

Doch zur gleichen Zeit zeigt sich auch



das andere Gesicht dieser Regierung, die nach der Analyse Stathis Kouvelakis' von der „Linken Plattform" in Syriza *„das Ende der Idee einer ‚Anti-Austeritäts-Regierung der Linken' symbolisieren"* würde[1]. Panos Kammenos, dem fremdenfeindlichen und strenggläubigen Anführer von ANEL, wurde das Verteidigungsministerium zugesprochen, der sogleich mit einem Flug über Agäis-Inseln für eine Eskalation mit der Türkei sorgte. Nur Tage nachdem die „Troika" von Finanzminister Varoufakis als Verhandlungspartnerin abgelehnt worden ist, bemühen sich sowohl Tsipras als auch Varoufakis selbst um eine „Entspannung".



1. Stathis Kouvelakis: Die Stunde der Wahrheit wird kommen. http://marx21.de/syriza-die-stunde-der-wahrheit-wird-kommen/.

Dabei geht es nicht um eine Abkehr von der Sparpolitik der EU und Deutschlands, sondern nur die Suche nach einer besseren Verhandlungsbasis um deren Rhythmus. Auch die Annäherungsversuche an Russland sind kein Ansatz für einen progressiven Ausweg aus der Krise, sondern stellen die Hoffnung dar, einen größeren Manövrierraum gegenüber den europäischen „Partnern" zu erlangen. Selbst Varoufakis verkündete in der FAZ, dass Europa Deutschland als Hegemon brauche[2].

Kein Bruch

Syriza strebt keinen grundlegenden Bruch mit diesem System an. Das erkennen selbst viele derjenigen Linken an, die es nun für notwendig halten, Syriza an der Regierung zu unterstützen. Doch selbst ob Syriza eine „linke Regierung" oder überhaupt eine „Anti-Austeritäts-Regierung" anführen wird, wird sich noch zeigen.

Das grundlegende Problem ist, dass Syriza nie auf die Mobilisierung der Massen zur Durchsetzung der notwendigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Forderungen gesetzt, sondern diese im Gegenteil immer im bürgerlich-parlamentarischen Rahmen gehalten hat. Es gibt keinen Grund zu glauben, dass dies mit Tsipras als Ministerpräsident anders werden sollte.

Die zu erwartende Enttäuschung breiter Sektoren der Massen könnte dabei zur Ablehnung jeglicher linker Alternativen und einer weiteren Stärkung der faschistischen Rechten führen – falls nicht jetzt schon eine konsequent klassenkämpferische und revolutionäre Alternative zu Syriza aufgebaut wird. Der erste Schritt dahin ist die konstante Mobilisierung auch gegen die Syriza-Regierung, um ihr die notwendigen Forderungen aufzuzwingen. Nur der Aufbau einer revolutionären Organisation, die die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa als einzige realistische Perspektive erhebt, kann die griechischen Massen aus dem Elend befreien.

2. Gianis Varoufakis: Wir brauchen Deutschland. http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/euro-krise/griechenland/griechenlands-finanzminister-das-hier-ist-kein-spiel-13401806.html



Nach dem Terror von Paris

FRANKREICH: Die europäischen Bourgeoisien mobilisieren zu einer nationalen Einheit. Sie nutzen die Terroranschläge, um antidemokratische Maßnahmen voranzutreiben.

VON MARIUS MAIER

Je suis Charlie – nach den Anschlägen auf die Redaktion der Satirezeitung *Charlie Hebdo* und auf einen jüdischen Supermarkt am 7. und 9. Januar eint dieses Motto nahezu das gesamte Frankreich. Am anschließenden Sonntag gedachten über eine Million Menschen auf einem „republikanischen Marsch" in Paris den 17 Todesopfern. Mit dabei: Staats- und Regierungschefs aus der ganzen Welt, darunter Präsident François Hollande, Angela Merkel und VertreterInnen der EU.

Von führenden Medien und PolitikerInnen ist in diesen Tagen immer wieder zu vernehmen, die Anschläge seien ein Angriff auf die westlichen Grundwerte von Freiheit und Demokratie. Unter Führung der internationalen Bourgeoisien versammeln sich christliche, muslimische und jüdische Glaubensgemeinschaften, rechte wie linke Parteien, unter anderem die eurokommunistische *Front de Gauche*, sowie Gewerkschaften und Verbände. Die linksradikale *Nouveau Parti Anticapitaliste* beteiligt sich hingegen nicht; der rechtsextreme *Front National* wird von der Großdemonstration ausgeschlossen.

Mit der Demo will die Bourgeoisie ein Zeichen setzen: Frankreich lässt sich von islamistischen TerroristInnen nicht spalten. Unter Bezugnahme auf die Demokratie stellen sie eine nationale Einheit her, mit dem sonst so ungeliebten Präsidenten Hollande an der Spitze. Auf diese Weise versucht die französische Bourgeoisie, das Vertrauen in ihre Institutionen wiederherzustellen.

Produkt des Imperialismus

Was sie nicht sagt: Frankreich ist sehr wohl gespalten. Die viel beschworene Demokratie drückt sich für Geflüchtete in Schikane und Abschiebungen aus. Migrantische Jugendliche sind täglich dem gesellschaftlichen wie staatlichen Rassismus ausgesetzt. Die Arbeitenden sehen sich durch Arbeitslosigkeit und Angriffe auf ihre Lebensbedingungen bedroht. Diese sozialen Widersprüche versucht die Regierung mit der nationalen Einheit zu kaschieren. Auf diesem Boden kann der Terrorismus überhaupt erst gedeihen.

Die Unterdrückung nach innen findet ihr außenpolitisches Äquivalent im französischen Imperialismus. Zur großen Gedenkdemo in Paris kamen nicht umsonst auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, Präsidenten ehemaliger französischer Kolonien wie Mali, Niger und Gabun sowie der israelische Regierungschef Benjamin Netanjahu, ein Symbol imperialistischer Politik im Nahen Osten.

Eben im Nahen Osten treibt der „Islamische Staat" momentan sein Unwesen. Er ist aber selbst nicht vom Himmel gefallen, sondern das Produkt von über 100 Jahren imperialistischer Unterdrückung, mit den jüngsten Militärinterventionen in Syrien, dem Irak und Afghanistan.

Ausbau der Repression

Die demokratischen Grundwerte zu verteidigen, heißt für die Bourgeoisien Europas jetzt aber nicht nur Sonntagsmärsche abzuhalten, sondern insbesondere auch polizeistaatliche Maßnahmen zu treffen. In den Tagen nach dem ersten Anschlag waren in Frankreich 122.000 PolizistInnen und SoldatInnen mobilisiert worden, um die TäterInnen ausfindig zu machen und um im öffentlichen Raum Präsenz zu zeigen.

10.000 SoldatInnen sollen nun jederzeit für militärische Einsätze im Inland bereit stehen. 2.680 neue Stellen in Militär und Geheimdiensten sollen geschaffen werden. Und etwa 3.000 Personen sollen direkt staatlich überwacht werden, unter anderem mit Hilfe neuer Gesetze, die es Geheimdiensten erlauben, Computer auszuspähen und Wohnungen zu verwanzen.

Diese Maßnahmen richten sich nicht nur gegen IslamistInnen, sondern sind auch eine Vorsichtsmaßnahme der Bourgeoisie gegen soziale Unruhen. In den letzten Jahren hatte es in imperialistischen Zentren immer wieder Aufstände der an den Rand gedrängten Bevölkerungsteile gegeben. Dieses Jahr erlebten die USA in Ferguson Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt, 2011 ging durch England eine Serie von Plünderungen und 2005 lieferten sich in Frankreich Jugendliche aus den migrantisch geprägten Vororten wochenlange Straßenschlachten mit der Polizei. Auch kürzlich gab es wieder teils militante Jugendproteste in Frankreich, ausgelöst dadurch, dass der Umweltaktivist Rémi Fraisse durch eine Polizeigranate getötet wurde. Diese Unruhen hatten ihren Ursprung in Rassismus, Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und Staatsgewalt.

Auch in Deutschland

Prompt nach den Anschlägen in Paris erschallten auch in Deutschland wieder die reflexhaften Forderungen nach einem stärkeren Polizeistaat. Die Unionsparteien sowie die Innenminister von Bund und Ländern sind geschlossen für die Einführung der Vorratsdatenspeicherung. Dies wird begleitet von Diskussionen zum Ausbau von Geheimdiensten und Polizeiapparat.

Nach den Anschlägen von Paris verzeichnete zudem Pegida weiteren Zulauf. Auch hier bildete das deutsche Regime eine nationale Einheit gegen Pegida, während es gleichzeitig die rassistische Stimmung nutzte, um die Abschiebepraxis in Sachsen und Bayern zu verschärfen. Für die geplante Pegida-Demonstration am 19. Januar reichte der Polizei eine anonyme Morddrohung gegen Organisator Lutz Bachmann auf einem arabischsprachigen Twitter-Profil, um alle Demonstrationen in Dresden zu verbieten. Hier zeigt die deutsche Bourgeoisie wieder einmal, wie wichtig ihr die sonst so stark betonte Demokratie tatsächlich ist.

Reaktionäre PolitikerInnen aus aller Welt „führen eine Demonstration in Paris an" – in einer gesperrten Seitenstraße.







Für eine Universität im Dienste der Unterdrückten!

FU BERLIN: Die marxistische Hochschulgruppierung **WAFFEN**DER**KRITIK** gewann einen Sitz im Studierendenparlament mit einem Wahlkampf für Solidarität mit den Amazon-Beschäftigten.

VON ALEXEJ PESCHKOW

Die Wahlen an den Berliner Universitäten fallen den meisten Studierenden gar nicht erst auf. An der Freien Universität liegt die Wahlbeteiligung bei 8%, an der Technischen und der Humboldt Universität bei 7%. Dennoch erleben die Hochschulen vor den Wahlen eine kurze Zeit der Politisierung. Die marxistische Hochschulgruppierung **WAFFEN**DER**KRITIK** – eine Gruppierung von RIO und unabhängigen Studierenden – nutzte die Gelegenheit vom 13-15. Januar an der FU, um für Solidarität mit dem Streik bei Amazon zu werben und allgemein marxistische Ideen zu erklären.

Dabei ist es während der nur einwöchigen Wahlkampfzeit nicht nur wichtig, studentische Solidarität zu organisieren, sondern auch neue Interessierte für eine revolutionär-marxistische Politik zu gewinnen. Der Marxismus selbst ist innerhalb der Universität spätestens nach Beginn der kapitalistischen Krise wieder in manchen Bereichen salonfähig. Allerdings bleibt diese Diskussion oftmals im Hörsaal stecken und wird kaum in die Praxis übersetzt. Dadurch ist eine Art „Seminarmarxismus“ entstanden, wo Bezüge zur ArbeiterInnenklasse vollständig fehlen.

Kämpfe im Zentrum

WAFFENDER**KRITIK** trat an, um auf den Streik bei Amazon, eine richtungsweisende Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital, aufmerksam zu machen. Auf den Flyern – die in vier Sprachen existieren – ging es auch um die Generalstreiks in Belgien und Italien. Außerdem wurden Perspektiven im Kampf gegen Rassismus und alltäglichen Sexismus aufgezeigt: Der Streik als klassisches Kampfmittel des Proletariats muss auch hier angewendet werden.

Angesichts des gewerkschaftsfeindlichen Klimas innerhalb der BRD ist es besonders wichtig, das Recht auf Streik auch an der Universität zu verteidigen und die Einheit der Arbeitenden und Studierenden zu fordern. Folglich ist die Gruppierung als Streikliste zu den Wahlen angetreten und hat Streiks zu ihrem zentralen Wahlkampfthema gemacht.

Politischer Wahlkampf

In einem Wahlkampf mit mehr als 40 Listen war es nicht einfach, auf sich aufmerksam zu machen. Es gab Flyer und Plakate von **WAFFEN**DER**KRITIK** und bereits im Dezember hatte die Gruppierung auch „Teach-Ins“ zu den Streiks bei Amazon in der Weihnachtszeit oder zu den 43 verschwundenen Studierenden von Ayotzinapa organisiert. Im Wahlkampf gab es auch kleine Kundgebungen mit einer Lautsprecheranlage, bei denen das Wahlprogramm vorgestellt und mit interessierten Studierenden diskutiert wurde. So entstanden offene Diskussionsrunden über die Theorie und Praxis des Marxismus.

Bedauerlich war es, dass die Linkspartei-Hochschulgruppe Linke.SDS (die von der Gruppe „Marx21“ angeführt wird), die noch im vorigen Jahr Wahlkampf mit dem Streik im Einzelhandel gemacht hatte, sich nun auf den Kampf gegen das Handelsabkommen TTIP beschränkte. Hierbei standen der Schutz kleiner Buchläden und das unklare Konzept von „TTIP-freien Hochschulen“ im Mittelpunkt, ohne Bezug zur ArbeiterInnenbewegung.

Immer Arbeitskampf

WAFFENDER**KRITIK** bekam am Ende einen Sitz im StuPa – wie in den zwei Jahren zuvor. Zwar lag das Ergebnis mit 26 Stimmen deutlich unter der Zahl der letzten Jahre, die über 50 Stimmen lagen, dennoch konnte mit einem kreativen Wahlkampf – so z.B. mit einem Banner-Drop – der Amazon-Streik an die Universität getragen werden.

Nun ist das StuPa zwar an das reaktionäre „hochschulpolitische Mandat“ geknebelt und darf sich nicht zu „allgemeinpolitischen Themen“ äußern. Jedoch werden revolutionäre MarxistInnen gegen diese reaktionäre Regelung sprechen, um studentische Solidarität für Arbeitskämpfe, wie z.B. beim kommenden ErzieherInnen-Streik, mit kreativ formulierten Anträgen zu gewinnen, um so den Aufbau einer Einheit von Arbeitenden und Studierenden voranzutreiben.

Denn leider ist die großartige Tradition der Einheit von Arbeitenden und Studierenden, die sich weltweit nach 1968 etablierte, fast unbekannt. Von revolutionären MarxistInnen muss das StuPa deshalb auch als Bühne genutzt werden, um für diese Einheit zu werben.

Entgegen der allgemeinen politischen Apathie und des fast vollkommen passiven Wahlkampfes konnte **WAFFEN**DER**KRITIK** also deutliche Akzente für eine marxistische Politik an der Uni setzen. Und mit dem StuPa-Sitz geht es nicht nur um die Einheit der Arbeitenden und Studierenden, sondern auch um den Kampf für eine Universität im Dienste der Unterdrückten.



Dritte Ausgabe der Zeitung **WAFFEN**DER**KRITIK** – online lesen unter: **waffen**der**kritik**.wordpress.com

Der aufstrebende Hegemon

SICHERHEITSKONFERENZ: Besonders seit der Eurokrise setzt der deutsche Imperialismus seinen Kurs nach mehr „Verantwortung“ fort.

VON TIMSEL SOMMER

Jedes Jahr im Februar treffen sich die wichtigsten imperialistischen Mächte weltweit in München zu einer „Sicherheitskonferenz“ (SiKo), um ihre militärische Stärke zur Schau zu stellen und gegenüber aufstrebender Regionalmächte wie Russland oder China die Muskeln spielen zu lassen – im Namen der „weltweiten Sicherheit“ und der „Verteidigung der Demokratie“. Letztes Jahr stand dieses Schaulaufen der Großmächte unter dem Stern des verbal aggressiver auftretenden deutschen Imperialismus. Insbesondere Bundespräsident Gauck schürte die Kriegsrhetorik dahingehend, dass Deutschland mehr „Verantwortung“ in der Welt übernehmen müsse, um dem gestiegenen Gewicht Deutschlands in der Weltpolitik gerecht zu werden. Dies ist Ausdruck davon, dass der deutsche Imperialismus gestärkt aus der nun sieben Jahre anhaltenden Wirtschaftskrise hervorgeht.

Vor der diesjährigen Sicherheitskonferenz sehen wir erste praktische Schritte zu einem stärkeren Eingreifen Deutschlands auf der geopolitischen Bühne.

Neue Interventionen

Denn der deutsche Imperialismus tritt nicht nur rhetorisch selbstbewusster auf, sondern mischt sich im Ukraine-Konflikt und bei den Interventionen rund um den „Islamischen Staat“ ein. Auch scheut er nicht mehr davor zurück, Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern.

Dabei konnte das deutsche Kapital besonders im Zuge der Restauration des Kapitalismus in den degenerierten ArbeiterInnenstaaten seine Einflussbereiche in Süd- und Osteuropa ausweiten. Dadurch sind erst die Troika-Diktate in Südeuropa und die Unterstützung der Maidan-Bewegung in der Ukraine möglich geworden.

Dennoch: Der größte Widerspruch des deutschen Imperialismus für seine Rolle als europäischer Hegemon besteht in der Diskrepanz zwischen seiner wirtschaftlichen Stärke und seiner militärischen Schwäche. Daher ist er auf eine militärische Kooperation mit Frankreich angewiesen. Zahlreiche Missionen mussten gestoppt werden oder wurden erst gar nicht begonnen. So kann beispielsweise die unter Nato-Mandat durchgeführte Operation Patriot an der syrisch-türkischen Grenze wegen nicht genügend geschulter SoldatInnen nicht fortgesetzt werden. Gleichwohl interveniert der deutsche Imperialismus immer stärker im Nahen Osten, exemplarisch mit der Waffenbelieferung an die nordirakisch-kurdische Autonomiebehörde. (Innenpolitisch dagegen bleibt das Verbot der linken kurdischen Partei PKK weiterhin bestehen.)

Der Einfluss im Osten

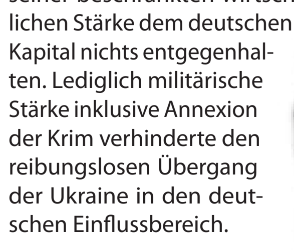
Die gestiegenen Ambitionen, die durch die relativ stärkere wirtschaftliche Position Deutschlands vor allem in Europa hervorgerufen wurden, werden besonders im Ukraine-Konflikt deutlich. Deutschland spielt dort eine gewichtige Rolle, im Kontext des im Abstieg begriffenen Hegemons USA. In diesem härtesten geopolitischen Konflikt seit dem Ende des kalten Krieges versucht Deutschland, seinen Einflussbereich auszuweiten, indem es gezielt einen Oligarchen unterstützt, um diesen in die EU zu drängen. Die Existenz der Regierung Jazenjuk hängt an der Gewährung finanzieller Hilfen durch IWF und EU.

Gleichzeitig soll die bereits angeschlagene russische Wirtschaft durch Wirtschaftssanktionen weiter geschwächt werden. Allerdings ist auch Deutschland auf fossile Brennstoffe aus Russland angewiesen – Russland im Gegenzug auf den Absatz dieser. Russland kann aufgrund seiner beschränkten wirtschaftlichen Stärke dem deutschen Kapital nichts entgegenhalten. Lediglich militärische Stärke inklusive Annexion der Krim verhinderte den reibungslosen Übergang der Ukraine in den deutschen Einflussbereich.

Antiimperialismus

Als revolutionäre InternationalistInnen in Deutschland müssen wir den fortlaufenden Expansionskurs unseres „Hauptfeindes“ (in den Worten Karl Liebknechts) scharf angreifen. Während die ImperialistInnen so tun, als würden sie den Freiheitskampf des kurdischen Volkes unterstützen, müssen wir ihre Heuchelei aufdecken und eine Kampagne gegen das Verbot der PKK führen. Während sie auf Kosten der Unterdrückten Europas versuchen, ihre Krise zu beenden, müssen wir sämtliche Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Massen in Griechenland und ganz Europa bekämpfen.

Jedes Jahr gibt es gegen die SiKo linke Großmobilisierungen. Doch fehlt diesen wichtigen antiimperialistischen Demonstrationen im „Herzen der Bestie“ eine weitergehende Strategie, die in der Lage wäre, tatsächlich eine soziale Basis für die Bekämpfung des deutschen Imperialismus zu schaffen. Weil aber der Kampf gegen den Expansionskurs der deutschen Regierung zugleich notwendig ein Kampf gegen die Interessen des Kapitals ist, müssen RevolutionärInnen die ArbeiterInnenbewegung für eine solche antiimperialistische Perspektive gewinnen. Die ArbeiterInnen müssen sich in diesen Kämpfen selbst organisieren, nur so können sie ihre Klassenunabhängigkeit garantieren und eine starke antiimperialistische Front aufbauen. Nur so können wir den aufstrebenden Hegemon in die Schranken weisen und eine Politik der ArbeiterInnen und der Jugend durchsetzen.





Rechtsruck als Vorbote

VON MARK TURM

„Der Anfang vom Ende der Pegida-Bewegung". Mit diesen Worten kommentierte Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke die „Führungskrise" der rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen Bewegung, nachdem sowohl Lutz Bachmann als auch Kathrin Oertel ihre SprecherInnen-Posten für Pegida hingeworfen hatten. Stattdessen käme nun die „Stunde der Demokratie".

Also ist der rechte Spuk schon wieder vorbei und es folgt „Business as usual"? Das darf bezweifelt werden, zeigen doch Statistiken den massiven Anstieg von Gewalt gegen MigrantInnen seit Beginn der Pegida-Proteste. Unabhängig davon, welche Form die „Bewegung" in der nächsten Zeit annimmt, eins ist klar: Wirkte Deutschland noch vor einem Jahr wie eine Insel der Stabilität inmitten eines Kontinents der starken politischen Krise, muss spätestens seit Pegida festgestellt werden, dass auch in Deutschland die politische Polarisierung voranschreitet.

Soziale Ursachen des Rechtsrucks

Die brutalen Spardiktate, die in den letzten Jahren von der Troika in Ländern wie Griechenland, dem Spanischen Staat oder Portugal durchgesetzt wurden, führten zu einer Ablehnung der EU und der BürokratInnen in Brüssel. Die europaweite Hetze gegen MuslimInnen, Sinti und Roma sowie die deutsche Hetze gegen die „faulen Griechen", der utilitaristische Diskurs von nutzbaren und nutzlosen AusländerInnen – jene die Geld bringen, jene die Geld kosten –, etc.: All das ist der Nährboden dafür, dass rassistische und nationalistische „Antworten" in ganz Europa, aber auch in Deutschland wieder salonfähig werden.

Die Jahre des Booms vor der Weltwirtschaftskrise schufen eine aufstrebende Mittelschicht, die sich in den letzten Jahren zunehmend in einer Situation wiederfindet, in der sie immer höhere Steuern entrichten muss, gleichzeitig aber immer weniger Gegenleistungen vom Staat erhält. Diese Schicht ist nun von Zukunftsängsten geplagt und hat zunehmend Furcht vor dem sozialen Abstieg. Dem Kleinbürger präsentiert sich also ein gesellschaftlich haltloses Vakuum, das nicht ohne radikale Lösungen gefüllt werden kann: Bruch mit Brüssel, Bruch mit den „Politikern da oben", die von Alternativlosigkeit sprechen, Bruch mit der Presse, die schlicht Lügen verbreitet. Es überrascht nicht, dass sowohl gegen AusländerInnen gehetzt wird als auch „Schluss mit dem staatlich erlaubten Kindesmissbrauch!" herausposaunt wird.

Rechte Tendenzen im Kleinbürgertum

Das, was dem Kleinbürger bleibt, ist eine rückwärts gewandte Utopie einer vermeintlich heilen Welt, frei von „Überfremdung", Asylsuchenden, IslamistInnen, Gotteslästerei und Sexualkundeunterricht. Es ist eine Welt der geschlossenen Wirtschaft, der nationalen Auferstehung und natürlich nur eine Welt der Deutschen. Eine Studie stellt fest: *„Am stärksten ausgeprägt sind durch alle Parteien hinweg die ablehnende Haltung gegenüber Ausländern, allen voran mit muslimischen Hintergrund, gefolgt von der Ansicht, Deutschland stehe über anderen Nationen und müsse im Vergleich mit ihnen eine stärkere Rolle zustehen."*[1]

1. Daniel Waldschik: Jeder zweite AfD-Wähler ist ausländerfeindlich. http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Jeder-zweite-AfD-Waehler-ist-auslaenderfeindlich;art673,1125394.

Diese Tendenzen kommen nun an die Oberfläche. Der wichtigste Ausdruck dieses Phänomens in Deutschland ist die Entstehung und Festigung der AfD. Unterhalb der Ebene des Parlamentarismus gibt es auch das Auftauchen von Pegida und anderen lokalen Ablegern, die die Straße zu erobern versuchen. Freilich ist Pegida ein hauptsächlich auf Dresden beschränktes Phänomen, jedoch ist ihre Entstehung Ausdruck der allgemeinen Erschöpfung des „proeuropäischen" Diskurses der bürgerlichen Parteien. Es entstehen rechte „euroskeptische" Parteien und Vereine, die fremdenfeindliche und nationalistische Lösungen für die Krise anbieten: gegen die Homo-Ehe, den „Gleichstellungswahn", Einwanderung und ganz besonders gegen Geflüchtete.

Nationale Einheit gegen Pegida?

Bis vor kurzem bestimmte die die Devise „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben" (Franz Josef Strauß) die politische Landschaft. Merkels „Linksschwenk" (d.h. eine gewisse Sozialdemokratisierung ihres Diskurses) hat jedoch dazu geführt, dass die CDU-CSU nicht mehr imstande ist, ihre rechtskonservative WählerInnenschaft zu bedienen. Boulevardpresse und bürgerliche Parteien, von der CDU-CSU bis hin zur SPD, konnten bis vor einigen Jahren mittels eines Diskurses, der im Wesentlichen die „Unsicherheit" auf Migrationsgeschichte und Kriminalität reduziert, rechte WählerInnen bei der Stange halten.

Sarrazins Gequatsche „Deutschland schafft sich ab", das im Kern die Überlegenheit des Deutschen und die Notwendigkeit der Abgrenzung gegenüber dem angeblich Minderwertigen der anderen fordert, stellt lediglich die Spitze des Eisbergs dar. „Leitkultur", „Kinder statt Inder" und weitere Perlen haben für eine ganze Weile zentrifugale Tendenzen bei SPD und CDU-CSU aufhalten können. Mittels billiger, rechtspopulistischer Parolen konnten sie WählerInnenstimmen ergattern. Heute vermögen weder CDU noch SPD, ihre Hegemonie über den rechten Diskurs mit ihren periodischen Zugriffen in die rassistische Mottenkiste abzusichern. Stattdessen sagen sie nun: *„Es ist kein Platz für Hetze und Verleumdung von Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen"*[2] – die Regierung beansprucht damit aber nur für sich allein das Recht, gegen AusländerInnen und Geflüchtete zu hetzen. Pegida stellt dieses Prinzip auf den Kopf und will selbst aktiv werden – genau in dem Augenblick, in dem das deutsche Kapital aufgrund seiner expansionistischen Politik nach ausländischen Fachkräften ruft.

Gegen das Pegida-Phänomen sind viele Menschen auf die Straße gegangen. Viele protestierten zum ersten Mal in ihrem Leben, denn der offene Rassismus dieser Bewegung ist eine reale und wachsende Bedrohung. Dabei versuchen bürgerliche Parteien, den berechtigten Protest zu vereinnahmen. Die SchöpferInnen der rassistischen Gesetze versuchen sich rein zu waschen, ebenso wie die herrschende Klasse und die nationalbornierte Gewerkschaftsbürokratie. Die herrschende Klasse schämt sich nicht etwa, gegen Pegida zu mobilisieren, gleichzeitig aber z.B. das Asylrecht zu verschärfen.

Von der CDU bis zur SPD, vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) bis hin zum Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB): Allesamt fordern sie ein „breites Bündnis" der „Demokraten", um ein „gesellschaftliches Signal gegen Pegida-Demos" zu geben.

2. Bundesregierung: Deutliches Zeichen gegen Pegida. http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/12/2014-12-15-Pegida-fluechtlinge.html.

des Klassenkampfs?



Amazon-Streikende aus Leipzig gegen Legida

PEGIDA UND CO.: Während das Regime eine Art „nationale Einheit“ gegen Pegida durchsetzen will, haben RevolutionärInnen ganz andere Aufgaben.

Antifaschismus heißt Antikapitalismus

Doch eine Allianz mit den VertreterInnen der herrschenden Klasse – die stets versuchen, ihre antisoziale Politik mit der Stigmatisierung von MigrantInnen und ihre imperialistischen Interventionen mit der Hetze gegen MuslimInnen zu begründen – ist für uns ausgeschlossen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Mobilisierungen gegen Pegida von der herrschenden Klasse und ihren HandlangerInnen instrumentalisiert werden. Stattdessen ist es notwendig, sie politisch zu entlarven, sie als Verantwortliche des aufkeimenden Rassismus zu denunzieren.

Dabei muss der antifaschistische Kampf die Klassenfrage aufwerfen. Dass viele Menschen dem Sirenengesang rechter Parteien und Bewegungen zum Opfer fallen, ist auch Ausdruck der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung und der revolutionären Linken, adäquate Antworten auf die neoliberale Offensive der letzten Jahren zu geben. RechtspopulistInnen und FaschistInnen kanalisieren die Abstiegsängste von Teilen des Kleinbürgertums und politisch rückständigere Sektoren der ArbeiterInnenklasse, um aus der Klassenfrage eine „Rassenfrage“ zu machen.

Stattdessen muss heute die radikale Linke selbst radikale Antworten auf die zunehmende Prekarisierung immer breiterer gesellschaftlicher Sektoren geben. Denn man kann den Kampf gegen Rassismus und Faschismus nicht vom Kampf gegen den staatlichen Rassismus trennen. Man kann die Abstiegsängste vieler Menschen nicht bekämpfen, wenn man nicht gegen die Ursachen dieser Angst – sprich die Agenda 2010 – ankämpft. Gewerkschaften und reformistische Parteien tun das nicht, aber dann müssen wir Wege für die Mobilisierung der Basis finden, die sich der passiven Politik ihrer Führungen entgegenstellen kann.

Unabhängige Politik der ArbeiterInnen

Dafür muss die radikale Linke in Deutschland eine von Regierung und KapitalistInnen unabhängige Politik der ArbeiterInnenklasse entwickeln, denn AfD und Pegida sind Vorboten gesteigerter Auseinandersetzungen zwischen den Klassen. Ihr nationalistischer Diskurs ist die Nationalborniertheit in zugespitzter Form. Daher ist es unerlässlich, sich nicht nur gegen Pegida und AfD, sondern auch gegen den Standortchauvinismus der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie zu stellen. Denn sie waren es auch, die die Angriffe des Kapitals, in Form von Hartz IV und Agenda 2010, mitgetragen haben und so indirekt den Nährboden für die heutigen rechten Mobilisierungen vorbereitet haben.

Der heuchlerische „Antirassismus“ der Herrschenden kann für die radikale Linke keine Antwort sein. Ganz im Gegenteil müssen wir versuchen, diese Situation für uns zu nutzen und mittels Massenmobilisierungen und Streiks Druck auf die Bourgeoisie auszuüben. Ein „Antifaschismus“, der sich auf Blockaden und Gegendemos beschränkt (so notwendig Blockaden auch sind), bietet keine Antwort auf die Angriffe des Kapitals. Deswegen müssen wir die Kämpfe der Beschäftigten unterstützen und so die ArbeiterInnen für eine Perspektive der politischen Unabhängigkeit gewinnen. Die Mobilisierung von streikenden KollegInnen bei Amazon gegen die lokalen Ableger von Pegida in Leipzig und Frankfurt weist dabei den richtigen Weg.

Es gilt also, nicht nur die rassistischen Mobilisierungen von Pegida heute zu stoppen, sondern den Nährboden dessen völlig auszutrocknen, sodass in Zukunft gar kein Pegida mehr entstehen kann. Dieser Nährboden ist aber der Kapitalismus – und als solcher muss er auch bekämpft werden. Stürzen kann ihn nur das in einer Partei organisierte Proletariat.



Gescheiterte Strategien

ANTIFASCHISMUS: Wie konnten die Nazis die stärkste ArbeiterInnenbewegung Europas zerschlagen? Ein Blick auf die Strategien von SPD und KPD.

VON WLADEK FLAKIN

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Nach der Machtübergabe an die Nazis wurde die stärkste ArbeiterInnenbewegung Europas komplett zerschlagen – ohne ernsthafte Gegenwehr. Wie ist das möglich gewesen? Die Strategien der beiden großen ArbeiterInnenparteien von damals geben darüber Aufschluss.

Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte die Weimarer Republik maßgeblich gestaltet. In Kollaboration mit den faschistischen Freikorps hatte die SPD-Führung die Revolution von 1918/19 blutig niedergeschlagen. Auf den Leichen von unzähligen revolutionären ArbeiterInnen entstand der neue Staat, den die SozialdemokratInnen für einen Schritt zum Sozialismus hielten. Entsprechend beanspruchten sie, die Republik gegen KommunistInnen, MonarchistInnen und FaschistInnen zu verteidigen, so die Bedeutung der drei Pfeile der „Eisernen Front".



SPD: Eiserne Front

Die SPD bezeichnete die KommunistInnen als „rotlackierte Faschisten" oder einfach „Kozis" – eine frühe Version der Extremismustheorie. Als sozialdemokratische Veranstaltungen immer stärker von Nazischlägern bedroht wurden, setzte die Partei auf den Schutz der Polizei.

Der russische Revolutionär Leo Trotzki kritisierte diese Strategie folgendermaßen: *„Für den Fall wirklicher Gefahr setzt die Sozialdemokratie ihre Hoffnungen nicht auf die ‚Eiserne Front', sondern auf die preußische Polizei. Eine trügerische Rechnung! (…) Die Arbeiter, die Polizisten im Dienst des kapitalistischen Staates geworden sind, sind bürgerliche Polizisten und nicht Arbeiter. In den letzten Jahren hatten sich diese Polizisten weitaus mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten. (…) Und die Hauptsache: jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt."*[1]

Diese These erhielt 1933 ihre Bestätigung, als die „demokratische" und „republikanische" Polizei sich problemlos ins neue faschistische Regime integrierte.

Stalinismus

Die Kommunistische Partei Deutschlands wurde 1918 als Reaktion auf den Verrat der SPD gegründet – sie sollte die Revolution zu Ende führen. Doch bis Ende der 1920er Jahre wurde sie vollständig der Kontrolle der stalinistischen Bürokratie unterworfen, die ihre eigenen Privilegien verteidigte, anstatt revolutionäre Ziele zu verfolgen. 1929 hatte diese Bürokratie die „Dritte Periode" verkündet, organisierte eigene „rote" Gewerkschaften – denn jetzt sei die Sozialdemokratie die Hauptgefahr für die ArbeiterInnenbewegung. Die KPD unter dem stalinistischen Handlanger Ernst Thälmann bezeichnete die SPD nun als „sozialfaschistisch".

Deswegen lehnte die KPD einen antifaschistischen Kampf zusammen mit der SPD ab. Man könne nicht mit „SozialfaschistInnen" gegen FaschistInnen arbeiten! Doch auf Befehl aus Moskau war die KPD-Führung zur Zusammenarbeit mit Nazis bereit – sie unterstützte einen Volksentscheid der NSDAP gegen die SPD-Regierung in Preußen.

Die frühere KPD hatte die Politik der Einheitsfront entwickelt, um den Einfluss der Sozialdemokratie zurückzudrängen. Die RevolutionärInnen machten praktische Vorschläge an alle ArbeiterInnenorganisationen. Im gemeinsamen Kampf konnten sie den reformistischen ArbeiterInnen beweisen, dass ihre Kritik am Reformismus richtig war.

Trotzki beschrieb, wie kommunistische ArbeiterInnen gegenüber sozialdemokratischen KollegInnen argumentieren sollten: *„Die Politik unserer Parteien ist unversöhnlich; aber wenn die Faschisten heute nacht kommen, um die Räume Deiner Organisation zu zerstören, so werde ich Dir mit der Waffe in der Hand zu Hilfe kommen. Versprichst Du, ebenfalls zu helfen, wenn die Gefahr meine Organisation bedroht?"*[2]

Doch die stalinisierte KPD erlaubte nur die „Einheitsfront von unten", das heißt nur gemeinsam mit sozialdemokratischen ArbeiterInnen, die mit ihrer Parteiführung zu brechen und unter der Führung der KPD zu kämpfen bereit waren, also einer kleinen Minderheit. So konnte die millionenstarke ArbeiterInnenbewegung nicht zusammen gegen die Nazis kämpfen. Die von der KPD initiierten „Antifaschistische Aktion" konnte zwar militante Aktionen durchführen, aber die ArbeiterInnenklasse nicht im gemeinsamen Kampf vereinigen.

Einheitsfront

Für eine Einheitsfront kämpfe die „Linke Opposition der KPD", die von Trotzki inspiriert wurde. In einigen kleineren Städten wie Bruchsal in Baden-Württemberg, Klingenthal in Sachsen und Oranienburg bei Berlin konnten Einheitsfronten aufgebaut werden, die SozialdemokratInnen, KommunistInnen und GewerkschafterInnen im Kampf gegen die NSDAP vereinigte. Hier wurden die Nazis tatsächlich verjagt. Doch die SPD- und KPD-Apparate verhinderten, dass diese Erfahrung in größeren Städten wiederholt wurde.


KPD: Antifaschistische Aktion

Damals wie heute war der Aufstieg einer reaktionären Massenbewegung ein Produkt der kapitalistischen Krise. Es reicht nicht, die kapitalistische „Demokratie" zu verteidigen, wenn diese „Demokratie" Millionen Menschen ins Elend stürzt. RevolutionärInnen müssen auf eine breite Massenbewegung gegen den Faschismus setzen – aber gleichzeitig die Gelegenheit nutzen, um ihre reformistischen BündnispartnerInnen rücksichtslos zu kritisieren und eine revolutionäre Alternative aufzubauen.

1. Leo Trotzki (1932): Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.

2. Leo Trotzki (1930): Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland.

Sexismus in den eigenen Reihen

FRAUEN: Immer noch ist die organisierte ArbeiterInnenbewegung männlich geprägt, in Arbeitskämpfen und Basisgruppen sind vor allem Männer aktiv. Warum ist das so?

VON LILLY FREYTAG

In vielen Arbeitskämpfen der letzten Jahre waren es vor allem männliche Arbeiter, die eine öffentlich sichtbare Rolle eingenommen haben – auch in Sektoren wie beispielsweise im Einzelhandel, wo Frauen einen Großteil der Beschäftigten ausmachen.

Liegt das daran, dass Frauen einfach zufriedener sind mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Löhnen, wie einige bürgerliche Studien behaupten? Oder daran, dass Frauen einfach nicht so kämpferisch sind? Beides mag sich so beobachten lassen, aber der dahinterliegende Grund ist kein irgendwie gearteter natürlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen, sondern Resultat einer sexistischen Gesellschaft, in der Frauen besonders unterdrückt werden.

Gesellschaftliche Hürden

Frauen tragen oft die Hauptverantwortung für den Haushalt und die Kinder – im Schnitt arbeiten sie doppelt so viele Stunden wie Männer unbezahlt im Haushalt. Dadurch sind sie zeitlich sehr eingeschränkt – eine reale Hürde, wenn es darum geht, aktiv zu werden. Dabei ist die Arbeitsteilung von ihnen oft gar nicht selbst gewählt, sondern ergibt sich aus einem Arbeitsmarkt, der Frauen massiv benachteiligt: Frauen verdienen im Schnitt weniger als Männer, sind öfter teilzeitbeschäftigt, oft auch mit mehreren Minijobs gleichzeitig.

Diese Arbeitsmarktsituation wirkt entmutigend. Denn die Aussichten sind überall gleich schlecht, der eigene Job wird sowieso nur als Zuverdienst gesehen oder als einer von vielen anderen prekären Jobs, die gleichzeitig geleistet werden. Hinzu kommt eine Sozialisierung, in der Frauen schon von klein auf signalisiert wird, dass sie weniger Recht als Männer haben, Raum einzunehmen und etwas für sich zu fordern. Männer lernen umgekehrt, dass sie vor allem anderen Männern zuhören müssen, weil sie Wichtiges zu sagen haben. (Unbewusste) sexistische Haltungen von Kollegen stellen somit oft auch Hürden für Arbeiterinnen dar, ihre eigenen Kämpfe aktiv voranzutreiben.

Eigene Forderungen

Innerhalb der ArbeiterInnenbewegung muss dafür gekämpft werden, dass das anders wird. Und zwar nicht nur, weil dadurch beispielsweise die Streikfront durch mehr Streikende gestärkt wird. Sondern auch, weil es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, dass Frauen die gleichen Möglichkeiten und Rechte haben, wie Männer! Außerdem verlieren wir wichtige Perspektiven, wenn Frauen nicht Teil eines Kampfes sind – sie haben in dieser Gesellschaft oft andere Probleme, aus denen sich wichtige Forderungen ergeben. Kollegen übersehen diese Forderungen aber gerne, gerade wenn Frauen keine Möglichkeit haben, sie aufzustellen. Beispiele dafür sind Probleme bei der Kinderbetreuung, den Arbeitszeiten, sexuelle Übergriffe bei der Arbeit oder unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen.

Um Frauen den Mut zu geben, öffentlich aufzutreten und ihre eigenen Forderungen zu formulieren, reicht es nicht aus, Frauen einfach so zu integrieren (obwohl auch das besser ist als nichts), sondern sie müssen sich auch als Frauen in Gruppen oder Komitees organisieren. Denn das schafft einen Raum, in dem sie erkennen, dass sie gemeinsame Interessen haben, die sie auch gemeinsam nach außen formulieren können. So können Frauen leichter eine aktive Rolle in ihren eigenen Arbeitskämpfen einnehmen – als Arbeiterinnen und als Frauen.

Ein Beispiel unter vielen dafür ist der Arbeitskampf bei Panrico im Spanischen Staat, einer Donutfabrik, bei der acht Monate lang gegen Entlassungen gestreikt wurde[1]. Bei diesem Kampf spielten Frauen eine außerordentlich wichtige Rolle und ihre Organisierung hat die Kampfkraft des Streiks enorm erhöht. Sie waren zentral für die Vernetzung und Solidarität mit anderen Arbeitskämpfen, vor allem bei Coca Cola, und kämpften auch als Arbeiterinnen an vorderster Front gegen die Verschärfung der Abtreibungsgesetze durch die konservative Regierung. Diese weibliche Organisierung entstand nicht spontan, sondern wurde von der sozialistischen Frauenorganisation *Pan y Rosas*[2] aktiv vorangetrieben.

Selbstorganisierung

Wir sollten uns also immer fragen: Wo sind bei diesem Kampf die Frauen? Und wenn sie nicht da sind: Woran liegt das? Oft halten einfache Probleme sie davon ab, teilzunehmen – wäre es nicht beispielsweise möglich, Kinderbetreuung während eines Streiks zu organisieren? Was ist die Perspektive von Frauen in unserem Kampf? Wie können wir Frauen in ihrer Selbstorganisierung unterstützen? Nur wenn wir uns diesen Fragen stellen, können wir behaupten, erste Schritte dahin zu gehen, der Unterdrückung von Frauen im Kapitalismus etwas entgegenzusetzen.

Außerdem müssen wir uns gegen die Wahrnehmung stellen, dass Kämpfe in „männlichen" Sektoren wichtiger wären – indem wir beispielsweise die ErzieherInnen in ihrem kommenden Streik unterstützen.

1. Peter Robe: Sechs Monate im Streik. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 10 http://www.klassegegenklasse.org/sechs-monat-im-streik/
2. Stefan Schneider und Wladek Flakin: Pan y Rosas. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 10. http://www.klassegegenklasse.org/pan-y-rosas/



Die Basis vernetzen

GEWERKSCHAFTEN: Am 10. Januar versammelten sich über 40 Menschen in Berlin für ein Seminar von RIO für klassenkämpferische Gewerkschaften.

VON WLADEK FLAKIN

„Wenn man Deutschland von außen betrachtet, mit einem wachsenden Niedriglohnsektor und ausufernden Befristungen, dann denkt man sich: ‚Dieses Land bräuchte Gewerkschaften.' Nicht ohne Erstaunen stellt man fest, dass dieses Land bereits Gewerkschaften hat – ziemlich große sogar." Mit dieser Bemerkung begann das Seminar für klassenkämpferische Gewerkschaften. RIO hatte VertreterInnen der wichtigsten Arbeitskämpfe der letzten Jahre in Deutschland zur Diskussion eingeladen.

Anwesend waren ArbeiterInnen von Amazon, den Berliner Verkehrsbetrieben, der Deutschen Bahn, der Charité Facility Management (CFM), Siemens und anderen Betrieben. Sie sind in vielen verschiedenen Gewerkschaften organisiert: vor allem in ver.di, aber auch in der GDL, der EVG, der IG Metall, der IG BCE und der GEW. Dazu kamen viele Studierende und SchülerInnen, die praktische Solidarität für die Streiks bei Amazon und im Einzelhandel organisiert haben.

Austausch an der Basis

Zum Auftakt des Seminars ging es um Erfahrungen mit Streiks der letzten Jahre. Was können kämpferische ArbeiterInnen tun, wenn die eigene Gewerkschaft bremst? Das emblematische Beispiel hierfür ist der neunmonatige Streik beim Hamburger Verpackungshersteller Neupack, der von der IG-BCE-Führung regelrecht sabotiert wurde. Die Gewerkschaftsbürokratie wollte unbedingt die „Sozialpartnerschaft", obwohl das gewerkschaftsfeindliche Familienunternehmen nicht verhandeln wollte. Auch der dreizehnwöchige Streik bei der CFM wurde in eine Sackgasse ohne Ergebnisse geführt.

Aus anderen Betrieben und Gewerkschaften gibt es ähnliche Geschichten. Bei der BVG arbeitet die ver.di-Bürokratie mit der Geschäftsführung eng zusammen und KritikerInnen an der Basis werden schikaniert. *„Es wird sogar gedroht, uns aus der Gewerkschaft rauszuwerfen!"*, so ein Busfahrer. Nur durch die Bildung von kritischen Basisgruppen können sich Einzelpersonen vor solchen Angriffen schützen.

Selbst bei Amazon, wo ver.di so kämpferisch auftritt wie nie zuvor, finden aktive Gewerkschaftsmitglieder unzählige Beispiele für die Trägheit des Apparats. *„Du klopfst bei der Zentrale an und sagst, ‚wir wollen kämpfen', aber oft haben die FunktionärInnen erst mal keine Zeit"*, so ein Kollege. Als Fazit des Austausches mahnte ein Arbeiter: *„Gerade während Streiks müssen wir unsere Gewerkschaft öfter kritisieren."*

Politische Diskussionen

In einem zweiten Workshop ging es um die politischen Rahmenbedingungen für die ArbeiterInnenklasse in Deutschland. Hartz IV macht das „Modell Amazon" erst möglich. Gesetze, die unter Rot-Grün verabschiedet wurden, erlauben Befristungen, die einen riesigen Druck auf die ArbeiterInnen schaffen.

ArbeiterInnen in Deutschland brauchen eine politische Alternative, um gegen rassistische Bewegungen wie Pegida zu kämpfen. Ein soziales Programm ist nötig, um der Demagogie der Rechten entgegenzutreten. Dazu muss die Kultur der Solidarität gestärkt werden – so war es schön zu erleben, wie VerkehrsarbeiterInnen aus der GDL, der EVG und ver.di, die offiziell miteinander verfeindet sein sollen, als KollegInnen zusammenarbeiteten.

Im letzten Workshop ging es um Frauen in Arbeitskämpfen. Bei vielen Streiks sind Frauen unterrepräsentiert – aber nicht etwa, weil sie weniger kämpferisch sind, sondern weil sie besonders unterdrückt werden. Eine Aktivistin von RIO erzählte, wie Frauen in der ersten Reihe stehen können (siehe ➠ Seite 13). Dafür kann es hilfreich sein, eigene Frauenkommissionen zu gründen, um besondere Forderungen weiblicher Arbeiterinnen zu entwickeln.

Podiumsdiskussion

Zum Abschluss des Seminars gab es eine Podiumsdiskussion über die wichtigsten Arbeitskämpfe in letzter Zeit. Ein rumänischer Bauarbeiter, der bei der Mall of Berlin arbeitete und nicht bezahlt wurde, erzählte von seinem Kampf um grundlegende Rechte: *„Wenn niemand protestiert, werden sie einfach weitermachen."*

Auf dem Podium wurde auch festgehalten, dass kämpferische ArbeiterInnen in Deutschland eine klassenkämpferische Basisbewegung in den Gewerkschaften aufbauen müssen, um ihre Erfahrungen permanent auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. Eine solche Bewegung muss fragen: *„Wem gehören die Gewerkschaften? Und wem gehören die Produktionsmittel?"* Die SeminarteilnehmerInnen einigten sich, den Kampf der Amazon-ArbeiterInnen in Brieselang gegen Befristungen zu unterstützen. Außerdem begann eine Diskussion über das eigene politische Instrument der ArbeiterInnenklasse, das heißt eine revolutionäre Partei.

Am nächsten Morgen fand die traditionelle Gedenkdemo für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg statt. RIO bildete zusammen mit der Jugendgruppe Red Brain und der Hochschulgruppierung Waffen der Kritik einen Block für klassenkämpferische Gewerkschaften. Ein Block der Amazon-ArbeiterInnen lief direkt daneben und es wurde breit zur Unterstützung der Streiks bei Amazon eingeladen. Insgesamt war dieses „Luxemburg-Liebknecht-Lenin-Wochenende" ein kleiner, aber bedeutender Meilenstein im Aufbau von RIO als revolutionäre Organisation, die erste Schritte dahin macht, einen Platz in der ArbeiterInnenbewegung zu erkämpfen.

23.1.2015 – längere Version auf unserer Website

VON STEFAN SCHNEIDER

Jahrzehnt der Prekarisierung

HARTZ IV: Mit der Agenda 2010 wurde die Prekarisierung massiv vorangetrieben. Doch die Streiks bei Amazon stellen dieses Arbeitsmodell in Frage.

Die Agenda 2010 war ein bahnbrechendes Programm der herrschenden Klasse zur Flexibilisierung und Disziplinierung von Millionen von Arbeitskräften mit dem Ziel der „Wettbewerbsfähigkeit" des deutschen Kapitals im Weltmaßstab. Für die Bourgeoisie waren die Agenda und ihr Kernstück Hartz IV ein durchschlagender Erfolg. Das heute vielbeschworene „deutsche Modell" zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise fußt auf ebendieser massenhaften Prekarisierung ganzer Wirtschaftszweige, der Ausweitung von Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen, und der Schaffung einer massiven „Reservearmee" von Arbeitslosen.

Die Auswirkungen für die ArbeiterInnenklasse sind verheerend: Bis 2013 sank die Zahl der Vollbeschäftigungen um 1,4 Millionen, während gleichzeitig 550.000 neue (Solo-)Selbstständige registriert, 770.000 neue geringfügig Beschäftigungsverhältnisse und fast 2,4 Millionen neue reguläre Teilzeitstellen geschaffen wurden. Das „deutsche Jobwunder" ist somit nichts anderes als die flächendeckende Umwandlung vormals regulärer Beschäftigungsverhältnisse in prekäre und Niedriglohn-Verhältnisse, mit all den sozialen Auswirkungen, die dies impliziert.

Der Soziologe Klaus Dörre schreibt dazu: *„Die Aufwertung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, wie sie mit den ‚Hartz-Reformen' verbunden war, schafft auf Seiten der Wirtschaft Anreize, Stellen mit Löhnen anzubieten, die nicht einmal die Existenz der Beschäftigten absichern."* Deshalb schlussfolgert er: *„Prekarität, so lässt sich festhalten, ist offenkundig ein Kontroll- und Herrschaftsmodus, der die Produktion gefügiger Arbeitskräfte fördert."* [1]

Gewerkschaftsbürokratie

Die Durchsetzung dieses Projekts der herrschenden Klasse war nur möglich durch die schändliche Klassenkollaboration der reformistischen Gewerkschaftsapparate, die sich – im Pakt mit der Regierungspartei SPD – abseits einiger symbolischer Mobilisierungen geweigert haben, diesem massiven Angriff auf die Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse und der Jugend entgegenzutreten. Daraus resultierte zum einen eine massenhafte Abwendung von den Gewerkschaften im direkten Nachklang der Einführung von Hartz IV. Vor allem aber wurde die gewerkschaftliche Macht in breiten Sektoren unterminiert, u.a. weil die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse die Angst vor Repressalien massiv ansteigen ließ. Paradoxerweise untergruben die Gewerkschaftsapparate damit teilweise ihre eigene soziale Basis.

Hartz IV und Co. stellten auch einen Angriff auf das Bewusstsein der ArbeiterInnenbewegung dar. Eine ganze Generation von ArbeiterInnen wurde durch diese Niederlage zurückgeworfen, mit dem Resultat des Rückzugs in Frust, Apathie und Ohnmacht. Gerade viele junge ArbeiterInnen haben nie Erfahrungen erfolgreicher Kämpfe machen können. Im Gegenteil, der von Dörre konstatierte „Kontroll- und Herrschaftsmodus" spielte sein volles Potential aus. Ihren Teil dazu trugen wiederum die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsbürokratien mit ihrer Passivität bei.

Neue Tendenzen

Doch gerade in den letzten Jahren der Weltwirtschaftskrise gibt es Anzeichen für eine Umkehrung dieser Tendenzen. Gerade in prekären Sektoren begannen sich ArbeiterInnen gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu wehren. Dieser Prozess ist sehr widersprüchlich, weil die geringere Organisationsmacht, die effektive Arbeitskampfmaßnahmen sehr erschwert, oft auch mit einer viel geringeren Durchdringung mit sozialpartnerschaftlicher Ideologie einhergeht. Das liegt sowohl daran, dass die ArbeiterInnen in prekären Sektoren weniger Illusionen über die Effektivität der Sozialpartnerschaft hegen, als auch daran, dass die Gewerkschaften überhaupt nicht als „Sozialpartner" anerkannt werden und deshalb zu weitaus radikaleren Arbeitskampfmaßnahmen greifen müssen. Darin inbegriffen ist – zumindest potentiell – ein größerer Einfluss der Basis der Streikenden auf die Geschehnisse des Streiks selbst.

Gerade weil die Gewerkschaftsapparate in prekären Sektoren stärker auf kreative Kampfformen angewiesen sind, können sich hier schnell Tendenzen zur Aktivierung der Streikenden entwickeln. Wir von RIO waren in den letzten Jahren bei einer Reihe von Streiks dabei (u.a. CFM, Neupack, Einzelhandel), bei denen wir genau diesen Prozess beobachten konnten und versuchten, ihn mit voranzutreiben. Gemeinsamer Nenner war jedoch, neben anderen Problemen, die fehlende effektive demokratische Kontrolle der Streikführung durch die Streikenden, was gerade in den entscheidenden Momenten zur Demobilisierung führen konnte. Auch wenn viele KollegInnen die Ergebnisse und faulen Kompromisse kritisierten, war die Möglichkeit einer alternativen demokratischen Streikführung nicht erkennbar.

Streiks bei Amazon

Am aktuellen Arbeitskampf beim multinationalen Konzern Amazon kristallisieren sich nun viele der unterschwelligen kämpferischen Tendenzen, die wir in den letzten Jahren in verschiedenen prekären Sektoren beobachten konnten. Außerdem findet der Trend zum Verzicht auf die vermittelnde Rolle der Gewerkschaft bei Amazon einen besonders sichtbaren Ausdruck und zwingt den ver.di-Apparat dazu, irgendwie die Konfrontation zu organisieren.

RevolutionärInnen müssen das Potenzial dieses Kampfes sehen und nutzen, um einen Beitrag zur Rückeroberung der Subjektivität der ArbeiterInnenklasse in Deutschland zu leisten. Dabei ist der Kampf gegen die Befristungspraxis in diesem Konzern sowohl ein Teil des Kampfes für einen Tarifvertrag dort, als auch des Kampfes gegen die Auswirkungen der Agenda 2010 insgesamt.

1. Klaus Dörre: Das deutsche Jobwunder. Vorbild für Europa? Rosa-Luxemburg-Stiftung. Brüssel 2014.

KLASSEGEGENKLASSE
Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Gegen Befristungen!

AMAZON: Allein am Standort Brieselang wurden zum Jahreswechsel fast 1.000 Befristete vor die Tür gesetzt. Gegen diese Praxis regt sich langsam Widerstand.

VON TOM HIRSCHFELD

Amazon – Kristallisationspunkt des Klassenkampfs. Die Arbeitsverhältnisse beim Onlinehändler sind nur durch die volle Ausnutzung der Agenda 2010 möglich. Dazu gehören die legalen Praktiken der umfangreichen Befristung, die Kooperation mit Jobcentern und die damit einhergehende Subventionierung der Löhne durch den Staat.

Gerade in der Weihnachtszeit arbeiten bei Amazon mehr als doppelt so viele befristet Beschäftigte wie Festangestellte, wobei die Quote der Befristungen in den neuen Logistikzentren wie Brieselang bei Berlin sehr viel höher ist als in den alten Standorten wie Bad Hersfeld. Doch auch dort sind die Befristeten ein nicht weniger zahlreiches Heer.

Weil jedoch vor allem die Festangestellten organisiert werden können, ist die brennende Frage der Befristungen kaum im Blickfeld der Gewerkschaft. Dabei ermöglicht gerade sie eine Verbindung zur Situation in anderen Betrieben.

Das Modell Amazon

Gleichzeitig ist die Aushöhlung von Tarifrecht und gewerkschaftlicher Organisierung ein Kernelement der Politik der Geschäftsführung von Amazon. So sehr ver.di es auch versucht, die Gewerkschaft wird nicht als Sozialpartnerin anerkannt. Damit ist Amazon Vorreiter eines allgemeinen Trends der Zurückdrängung der Vermittlungsinstanzen des klassischen Wohlfahrtsstaats, auf die die Gewerkschaften bisher keine Antwort haben.

Der Weihnachtsstreik 2014 zeigte dennoch eine neue Stufe im Kampf bei Amazon auf. Besonders interessant war dabei, dass die Beschäftigten sich zumindest punktuell über die bürokratischen Grenzen, die der Apparat ziehen wollte, hinweggesetzt haben und so beispielsweise zusätzliche Streiktage durchsetzten.

Diese Überlagerung von bestimmenden Tendenzen – voranschreitende Prekarisierung und Zurückdrängung klassischer gewerkschaftlicher Stellungen bei gleichzeitiger Entwicklung von neuen Kampferfahrungen der ArbeiterInnen – machen die Bedeutung dieses Kampfes für die Kräfteverhältnisse der Klassen in Deutschland insgesamt aus.

Am Ende in Brieselang

Ein besonderes Hindernis für den Sieg des Kampfes bei Amazon ist die Befristung, die gerade in den noch nicht im Streik befindlichen Logistikzentren wie Brieselang eine große Rolle spielt. Doch selbst dort regt sich Widerstand unter den Beschäftigten.

Im Januar begannen aktive KollegInnen dort mit einer Kampagne für Entfristungen. Gemeinsam mit solidarischen AktivistInnen wurden sowohl Aktionen im Betrieb als auch öffentlichkeitswirksame Aktionen vor den Werkstoren, in der Berliner Innenstadt und an Universitäten gestartet. Doch auch hier entwickeln sich anfängliche Konflikte mit dem Gewerkschaftsapparat.

Gerade in solchen Situationen ist es die Aufgabe von RevolutionärInnen, die initialen Tendenzen zur Selbstorganisation voranzutreiben und aufzuzeigen, wo es notwendig ist, die von der Gewerkschaftsbürokratie gesetzten Grenzen zu überwinden. Nur so kann es gelingen, weitere Standorte in die Streikfront einzureihen – wenn es gelingt, den Kampf für einen Tarifvertrag mit dem Kampf gegen Befristungen zu verbinden.

